

Montags-Ausgabe. Berliner Börsen-Courier.

Morgen-Ausgabe.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich 13 Mal.
Als besondere Beilage erscheint allwöchentlich die
„Verloosungsliste“.

Redaction und Expedition: Zimmer-Strasse 40/41.

Abonnements-Preis: Vierteljährlich für Berlin excl. Bringerlohn
5 Mk. 50 Pf., für ganz Deutschland 7 Mk. 50 Pf.
Insertions-Gebühr: die viergespaltene Petitzeile 40 Pf.

No. 491.

Montag, 28. September

1885.

Die Bulgarische Frage.

Fast gewinnt es den Anschein, als ob die Meldung des „W. L. B.“ aus Konstantinopel von dem dort bevorstehenden Zusammenritt der Botschafter-Conferenz den Ereignissen vorausgesetzt sei. Eine anderweitige Bestätigung der Nachricht liegt bis jetzt nicht vor. Aber allerdings darf man annehmen, daß, wenn die gegenwärtig stattfindenden Unterhandlungen der Cabinets über ihre Haltung in der Bulgarischen Frage zu einer Einigung führen, eine solche Einigung in einer Konferenz der Botschafter der Großmächte bei der Pforte zur formellen Feststellung gelangen werde. Welche Richtung die Verhandlungen der Cabinets innehalten, läßt sich unsicher erkennen. Man wird vor Allen befreit sein, die Notwendigkeit jeder militärischen Intervention, sei es von Seiten der Mächte, sei es von Seiten der Türkei, zu vermeiden. Das aber würde nur dann möglich sein, wenn man sich darüber einigt, das seit aecompli der Union von Nord- und Südbulgarien anzuerkennen. Eine solche Anerkennung würde der Europäischen Diplomatie kaum sonderlich schwer werden, und ebenso würde es aller Wahrscheinlichkeit nach geringe Mühe kosten, die Türkei zu einer Zustimmung hierfür zu bewegen. Aber so ganz einfach liegen die Dinge auf der Balkan-Halbinsel denn doch nicht, weil die Anerkennung der Bulgarischen Union gleichbedeutend wäre mit einer Ermächtigung für die Geltendmachung aller der Wünsche und Forderungen, welche die übrigen Völkerstaaten der Balkan-Halbinsel erheben. Die Vergrößerung Bulgariens bringt Griechenland, bringt Serbien und die benachbarten Länder und Völkern in Harnisch, und die zum Theil bereits stattfindenden, zum Theil vorbereiteten Kämpfe in diesen Ländern zeigen, daß man in denselben eventuell entschlossen ist, diese Forderungen mit Gewalt durchzuführen. Das Beispiel Bulgariens kann nicht ohne stimuliernde Wirkung bleiben, und der einzige Zweck einer Anerkennung der durch den Bulgarischen Staatsfriede geschaffenen Lage, der nämlich, den Europäischen Frieden vor jeder Bedrohung zu schützen, würde einmüßig erreicht werden. Die Lage ist, wie man sieht, einigermaßen complicirt, und gar so schnell dürfte die Europäische Diplomatie nicht im Stande sein, die Gefahren derselben zu beseitigen. Auch heute wieder liegen Meldungen vor, welche dieselbe erkennen lassen. Aus Belgrad wird nämlich telegraphisch berichtet, daß sich in den dortigen politischen Kreisen die Ansicht geltend mache, daß eine Gebietsausdehnung Bulgariens ohne Compensation für Serbien nicht zulässig sei. Wenn hinzugefügt wird, daß zwischen Rumänien, Serbien und Griechenland ein vollständiges Einverständnis für ein gemeinschaftliches Vorgehen bestehe, so dürfte freilich eine Begründung dieser alarmirenden klingenden Nachricht abzuwehren sein. Immerhin muß man aus dieser Meldung entnehmen, daß eine Regelung der Dinge nicht ohne Weiteres möglich erscheint. Es wird ferner von der Mazedonischen Grenze gemeldet, daß es bei Borani zu einem Zusammenstoß zwischen Muzams und Arnauten gekommen sei, bei welchem die Muzams über hundert Tote verloren hätten. Auch die Verluste der Arnauten sollen beträchtlich sein. Es ist von allen Seiten als eine *conditio sine qua non* für eine Anerkennung der durch den Bulgarischen Staatsfriede festgefundenen Vereinigung bei beiden Bulgarien bezeichnet worden, daß sich Mazedonien ruhig verhält und nicht etwa ebenfalls durch gewaltsame Mittel seine Losreißung von der Türkei herbeizuführen sucht. Denn eine weitere Schmälerung des Türkischen Gebiets würde eine Aufrechterhaltung der Türkischen Herrschaft in Europa überhaupt fast unmöglich machen. Und doch erscheint die Existenz der Europäischen Türkei als eine Nothwendigkeit für die Aufrechterhaltung des künstlich hergestellten Gleichgewichts im Südosten Europas. Sie allein gewährleistet die Dauer eines Friedens, der in hohem Grade gefährdet erscheint, wenn die Frage nach der Erbschaft der Türkischen Herrschaft acut werden sollte. Man wird deshalb die Schwierigkeiten nicht unterschätzen dürfen, welche sich einer befriedigenden Lösung der Bulgarischen Frage entgegenstellen. — Schwierigkeiten, die so bedeutsam sind, daß wir an ihre sofortige Erledigung auch dann keinen Glauben gewinnen können, wenn sich die oben mitgetheilten Alarm-Nachrichten nicht bestätigen sollten.

gegen den Fürsten von Bulgarien. Es heißt da:

Die Umwälzung im westlichen Rumelien beschäftigt positiv täglich immer mehr und mehr die Europäische politische Presse. Wenig begreiflich, ja sogar ganz und gar nicht entschuldbar, ist die Rolle, welche in diesem Umsturz, der sich sehr leicht nur als eine politische Buffonerie erweisen kann, der Fürst Alexander Battenberg auf sich genommen hat. Dieser Reutenant in Preussischen Diensten, der auf den Bulgarischen Thron nur durch die verwandtschaftlichen Beziehungen mit der Russischen Kaiserlichen Familie erhoben wurde, fing, wie es scheint, zu früh an, die Rolle eines großen und gänzlich selbstständigen Monarchen „von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes“ von Bulgarien zu spielen. . . . Bedor er Manifeste an „sein Volk“ erließ und Circular-Noten an die auswärtigen Mächte verfasste, hätte er erst nach der Meinung Russlands und anderer Europäischen Staaten fragen sollen, durch deren „Gnade“ er nur Fürst von Bulgarien wurde. Womit das Spiel des Fürsten Battenberg endigen wird, ist noch nicht bestimmt. Die Russische Regierung wünscht allerdings im Princip die Vereinigung Rumeliens mit Bulgarien, was auch von ihm im San Stefano'schen Tractat vorgeschlagen wurde. Doch erreichen kann es dieses nicht anders als auf legalem Wege und nicht, wenn dadurch der allgemeine Friede gestört und die Orientalische Frage wieder bewegt werde, — hervorgerufen mit der Aussicht auf einen möglichen allgemeinen Europäischen Krieg und alle seine Schrecken. . . . Da nun der Fürst, der auf den Thron Bulgariens durch Russland gesetzt wurde, sich entschloß, alle Schiffe zu verbrennen, und endgültig jede Verbindung mit Russland zu zerreißen, so ist es klar, daß dieser Fürst auf dem Bulgarischen Thron nicht zu halten ist, nicht allein durch die Gnade Gottes und den Willen des Volkes als Fürst des nördlichen und südlichen Bulgariens, sondern sogar als einfacher Fürst von Bulgarien innerhalb der Grenzen des Berliner Tractates. Sein Einverständnis bei der Russischen Regierung — welcher er sich, wie es sich jetzt erweist, als General-Gouverneur vom südlichen Rumelien anbietet, dabei vergebend, daß er selbst sich als Fürst vom südlichen Bulgarien von „Gottes Gnaden“ proclamirte, — wird wohl schwerlich seine Lage verbessern. Die Doppelrolle — bereit zu sein, in den Dienst des Sultans zu treten und selbständiger Herrscher von Bulgarien sein zu wollen — ist sehr komisch und wird ihm nicht gelingen, auf dem Thron Bulgariens zu bleiben; dem Russland, welches ihn auf den Thron brachte, wird wohl auch immer genügend Kraft und Einfluß bleiben, um ihn von diesem Thron auch absetzen zu können? Nur ein böser Genius konnte diesen Jüngling, „der den Herrscher spielt“, veranlassen, sich von Russland abzuwenden und sich in blödsinnige Intriguen zu stürzen.

Bekanntlich schließt das Lehrer-Pensionsgesetz die Lehrer an den sogenannten Mittelschulen von den Wohlthaten dieses Gesetzes aus, während dieselben auch andererseits in geschädigten Sinne weder den Lehrern an den höheren Schulanstalten, noch denen an den technischen Schulen gleich erachtet werden. Wie wir hören, wird im Kultusministerium augenblicklich die Frage einer näheren Erwägung unterzogen, inwieweit hier auf geschicktem Wege eine Abhilfe des beregten Uebelstandes herbeizuführen sei. Es steht zu erwarten, daß schon in der nächsten Session des Landtages ein bezüglicher Gesetzentwurf zur Vorlage gelangt, dessen Erledigung schwerlich besondere Schwierigkeiten bereiten würde.

Ein politischer Montenegro-Prozess ist in Sicht. Aus Flensburg, 25. September, schreibt man der „Freif. Rig.“: In Nordschleswig giebt es sieben sogenannte Dänische Landwirthschaftliche Vereine. Sie bestehen seit vor 1864, also vor der Annexion. Zu Anfang dieses Jahres hielten sie in Flensburg eine Thierchau ab. Bei dieser Gelegenheit wurden Aufstige in die Umgegend unternommen. Am 2. Juli fand eine Tour nach Angeln statt. Etwa zweihundert Personen nahmen an derselben Theil. Im Bahnhofs-Hotel zu Sörup wurde gegessen und getrunken, und wie dies bei solcher Gelegenheit gewöhnlich geschieht, auch viel geredet und gesungen. Die Hauptführer der Dänischen Partei in Nordschleswig waren Gustav Johannsen hieß die Gäste in seiner Heimath, Angeln, willkommen. Redacteur Jensen sprach über „Treue und Glauben“, Redacteur Mathiesen toastete auf den Dänischen Sprachvorne. Andere toasteten auf Dänemark, auf den Dänischen König, auf die Dänische Presse u. s. w. Alle Redner sprachen Dänisch, weil Dänisch eben ihre Muttersprache ist. Gondarmen, die dabei waren, verstanden natürlich kein Wort von alledem. Damit war die Sache vorläufig zu Ende. Jetzt kommt aber das Nachspiel. Die Staatsanwaltschaft hat sich der Angelegenheit angenommen, man wittert alles Mögliche. Zunächst wurden die Redner polizeilich vernommen. Am Mittwoch aber ist der Hauptpolizeu, genau zur selben Stunde, unternommen worden. Bei den Vorhänden der erwähnten sieben Vereine haben Hausdurchsuchungen stattge-

funden und sämtliche auf die abgehaltene Thierchau bezüglichen Actenstücke, Protokolle und Briefschaften wurden beschlagnahmt. In Flensburg, in Sønderburg, in Apenrade, in Hadersleben, in Gram u. s. w. erschienen in den Privatwohnungen der gedachten Herren Unterjudungsrichter in Begleitung von Secretären und zahlreiche Polizeibeamten und vollzogen die Beschlagnahme.

Nach einer aus Warschau kommenden Mittheilung soll Großfürst Wladimir Alexandrowicz General-Gouverneur von Warschau werden.

Edhem Pascha wurde vom Sultan zum Botschafter in Paris und Essad Pascha zum Botschafter in Berlin ernannt.

Man meldet aus Sofia: Alle Bulgarischen Beamten sind in die Militz eingereiht, um in Abwesenheit der Armee die Ordnung zu erhalten. Ueberall haben sich Damen-Comités gebildet, um die Ambulanzen zu unterhalten. Von Philippopol gehen fortwährend Erprezzüge mit Truppen an die Grenze ab, wo sich Bajsch-Bogazits in Menge zeigen. In Numelien herrscht Wassermangel. Ein großer, von Russland kommender Patronentransport für Bulgarien wurde in Novi aufgehoben. Aus Ruffschuk gingen heute fünfhundert Mann ab. Drei Dampfer mit Truppen feuerten von Silistria donauaufwärts. Eine Depesche aus Varna meldet, daß die revolutionäre Agitation in Areta wächst. In Athen herrscht große Aufregung. Man betrachtet hier den Ausbruch der Revolution auf Areta als bloße Frage der Zeit. Aus Bessarabien meldet man starke Truppenbewegungen zum Zwecke einer Concentrirung.

Aus Prizrend meldet man eine allgemeine Erhebung Albanien's, welches größtentheils von Truppen entblößt ist und durch die Ausschreitungen der Arnautenbanden terrorisirt wird. Die Serbische Regierung hat den Ankauf und die Requisition von Pferden angeordnet. Die Polizei hat den wehrpflichtigen Serben verboten, sich über die Grenzen des Landes hinaus zu entfernen, und gleichzeitig die zwangsweise Einreichung fremder Unterthanen begonnen. Seitens der von dieser Maßregel Betroffenen sind Reclamationen bei den betreffenden Vertretungen erhoben worden. Aus Macedonien trifft die Nachricht ein, daß politische Agenten große Anstrengungen machen, um das Volk zur Abschüttelung der Türkischen Herrschaft zu bewegen. Das kleine Arsenal in Ruffschuk arbeitet unausgesetzt und hat eine Anzahl aus dem Russisch-Türkischen Kriege zurückgebliebener Krupp-Kanonen montirt.

Dem „Standard“ sind die nachstehenden Telegrammzugänge: „Berlin, 24. September. Ich habe soeben die höchst interessante und wichtige Nachricht erhalten, daß während der letzten wenigen Stunden der Zusammenritt einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Vertrages bezugs Regelung der Bulgarischen Schwierigkeiten thatsächlich gesichert wurde. Deutschland, Frankreich, Italien, Russland und die Türkei haben bereits eingewilligt, und die Zustimmung Oesterreichs und Englands wird in wenigen Stunden erwartet. Doch sind die Präliminarien im Allgemeinen, wie Zeit, Ort, und dergleichen, noch zu vereinbaren. Der Diplomat, dem ich für diese Information verpflichtet bin, weiß nichts über die wirklichen Zwecke der Konferenz, ausgenommen, daß sie sich bestreben wird, einen Ausweg aus den gegenwärtigen Verwickelungen zu finden. Niemand kann vorhersehen, ob sie erfolgreich sein wird oder nicht; persönlich ist mein Gedächtnis geneigt, ihren Erfolg zu bezweifeln. Berlin war natürlich zuerst als Versammlungsort vorgeschlagen, dies wurde aber „baldent abgelehnt“, und jetzt spricht man von Paris aus Höflichkeit gegen die Französische Regierung, die neben Deutschland die erste war, welche den Vorschlag annahm.“ Athen, 24. September. Die Regierung hat beschlossen, die Kammern und die Reserven einuberufen. In den Ministerien des Krieges und der Marine herrscht viel Leben. Aus den ländlichen Districten laufen fortwährend Depeschen ein, welche die unter der Bevölkerung herrschende Aufregung melden und die Regierung beschwören, für die Vertheidigung der Griechischen Interessen in dem bestrittenen Weltbändchen Vorbereitungen zu treffen. Die Griechischen Einwohner der Türkischen Provinzen befinden sich gleichfalls im Zustande der Aufregung, und es verlautet, daß Kreta sich dazu vorbereite, seine Unabhängigkeit von der Pforte zu erklären. Die in Serbien ergriffenen militärischen Maßregeln tragen nicht wenig zur Aufregung bei, da man darin den Vor-

Die Politik.

Die St. Petersburg'sche „Wschewaja Wedomosti“ („Wörten-Nachrichten“) vom 13. 25. September enthalten einen sehr geharnischten Leitartikel von drei Spalten